



Protokollauszug

aus der
24. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 03.11.2021

öffentlich

**Top 7.16 Vorbereitung Soziale Erhaltungssatzung der LHP
21/SVV/0861
geändert beschlossen**

Eingangs nimmt Herr Reiko Käske als Vertreter der Initiative Teltower Vorstand das Rederecht wahr. Er kritisiert, dass der im Beschluss vorgegebene Zeitplan nicht eingehalten wurde und fordert die Stadtverordneten auf, Verbindlichkeit in der Erarbeitung der Erhaltungssatzung herzustellen, den Stand öffentlich zu kommunizieren und für ausreichende Ressourcen zu sorgen.

Der **Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion** empfiehlt, dem Antrag **zuzustimmen**.

Der **Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes** empfiehlt, den Antrag für **durch Verwaltungshandeln erledigt** zu erklären.

Änderungsantrag:

Der Stadtverordnete Wollenberg bringt namens der Fraktion DIE LINKE folgenden Änderungsantrag ein:

...bis zum Jahresende **2022**

Abstimmung:

Die o.g. Änderung wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Anschließend wird der so geänderte Antrag zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Aufstellung einer Sozialen Erhaltungssatzung gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Untersuchungsgebiet südöstlich des Hauptbahnhofs (DS 20/SVV/0441) bis zum Jahresende 2022 der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorzulegen.

Parallel sind die entsprechenden Prozesse und Maßnahmen in der Verwaltung vorzubereiten, damit die Umsetzung der Satzung unmittelbar mit deren Inkrafttreten sichergestellt werden kann.



BESCHLUSS
der 24. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam am
03.11.2021

Vorbereitung Soziale Erhaltungssatzung der LHP
Vorlage: 21/SVV/0861

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Aufstellung einer Sozialen Erhaltungssatzung gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Untersuchungsgebiet südöstlich des Hauptbahnhofs (DS 20/SVV/0441) bis zum Jahresende 2022 der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorzulegen.

Parallel sind die entsprechenden Prozesse und Maßnahmen in der Verwaltung vorzubereiten, damit die Umsetzung der Satzung unmittelbar mit deren Inkrafttreten sichergestellt werden kann.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Originalbeschluss wird eine Seite beigelegt.

Potsdam, den 10. November 2021

Ziegenbein
Leiterin des Büros

Stempel